*Uwe Hirschfeld*

**Kriegszeiten - Friedensräume.**
*Politische Bildung im kommunalen Friedensengagement.*

Auf die Grausamkeiten der Kriege, auf die täglich in militärischen Konflikten sterbenden Menschen, auf die verwüsteten Städte und zerstörten Regionen, muss hier nicht eingegangen werden – sie sind täglich in den Medien zu besichtigen. Ich werde dagegen die Probleme des Alltagsverstandes thematisieren und über die Möglichkeiten politischer Bildung und über die Herausforderungen für demokratische Orte nachdenken.

**I** normale Kriege

Nicht ohne Hintergedanken habe ich eben an die Grausamkeit der Kriege erinnert. Denn was ich erörtern möchte, ist soweit von dem außerordentlichen Geschehen entfernt, dass es kaum vorstellbar ist. Anhand von fünf Hinweisen möchte ich die Wahrnehmung von Kriegen heute beleuchten. Dabei komme ich zu der These, dass für uns, in einem sehr kleinen Teil Europas, der Krieg zur Normalität geworden ist.

Ich gehe zum einen auf die *Veränderungen in der Erscheinung* kriegerischer Ereignisse ein, argumentiere also aus der Sache heraus, zum anderen spreche ich über die *veränderte Wahrnehmung* eben dieser Ereignisse, thematisiere also die subjektive Seite.

Sicherlich kann man die Punkte noch weiter differenzieren und auch noch weitere Hinweise finden, aber ich möchte es bei diesen belassen, da sie in besonderer Weise ein Engagement für Frieden erschweren.

1. Kriege sind heute zuvörderst innerstaatliche Kriege, also das, was vereinfacht als „Bürgerkriege“ bezeichnet wird.[[1]](#footnote-1) Diese Konflikte sind in ihrer Gemengelage oftmals schwierig zu durchschauen. Auch -bzw. gerade dann- wenn sie sich entlang (scheinbar klarer) ethnischer und/oder religiöser Konflikte entzünden, sind die eigentlichen Hintergründe kaum zu erkennen. Sozio-ökonomische und historische Grundlagen werden in der medialen Berichterstattung gegenüber den aktuellen Geschehnissen vernachlässigt. [[2]](#footnote-2) Für uns Außenstehende ist es da nicht so einfach Position zu ergreifen, wie es beispielsweise früher in den Kriegen USA-Vietnam oder UdSSR-Afghanistan war.

*Nebenbemerkung*: dass der Krieg 2014 im Gaza-Streifen so viel Aufmerksamkeit erhielt und Empörung auslöste, lag sicher zu einem gehörigen Teil daran, dass er in das „alte Muster“ passte: Grenzen, Territorien und Staaten waren klar. Da war es leicht, für die eine oder andere Seite Partei zu ergreifen.

2. Ein weiteres Problem kommt hinzu: die Friedensforschung beobachtet eine Entwicklung von Kriegsökonomien, die den Krieg als „Ressource“ brauchen und ihn daher immer wieder reproduzieren. Waren in den zwischenstaatlichen Konflikten die Kriegskosten eine enorme Belastung der Nationalökonomie (auch wenn es Gruppen gab, die am Krieg verdienten) und drängten damit auf eine baldige Beendigung des militärischen Konflikts, so sind heute in vielen Bürgerkriegen Parteien beteiligt, deren ökonomische Existenz weitgehend auf eben diesen Gewaltverhältnissen beruht (siehe: Le Billon 2014). „Der Krieg ernährt den Krieg; er ist wieder zu einem Geschäft geworden. Die, die von ihm profitieren, sind darum selten an seiner Beendigung interessiert.“ (Münkler 2003).

Und es ist auch nicht zu vergessen, dass die Industriestaaten mit Waffenproduktion und deren Lieferung (manchmal mit -bekannten- Umwegen) in Kriegsgebiete ebenfalls gut verdienen – worauf kein Finanzminister verzichten möchte.

3. Die sogenannten „Blutdiamanten“ sind ein berüchtigtes Stichwort für die Kriegsökonomien, „warlords“ ein anderes. Krieg verlagert sich vom „hoheitlichen“ Handeln zum „privaten“ Unternehmen. Und das keineswegs nur bei irgendwelchen Stammesfürsten. In Afghanistan waren im US-amerikanischen Auftrag zeitweilig mehr Söldner von privaten Sicherheitsfirmen im Einsatz als reguläre US-Soldaten.[[3]](#footnote-3)

Diese privaten Kriegsfirmen, *Blackwater* ist wohl die bekannteste, wahrlich aber nicht die einzige!, stellen nicht nur ein juristisches Problem dar (die beauftragenden Staaten haften nämlich nicht - und damit sind die völkerrechtlichen Regularien obsolet!), sondern auch einen beträchtlichen ökonomischen Faktor der Wertschöpfung. Söldner sind (wieder) zu Exportschlagern geworden, wie die große Zahl weißer südafrikanischer Ex-Polizisten und Militärs zeigt, die sich nach dem Fall des Apartheid-Regimes in anderen Regionen zur Beteiligung an Kriegshandlungen verdingt haben.

4. Eine weitere Entwicklung soll noch erwähnt werden. Während auf der einen Seite die Privatisierung der Kriege auf der Verbilligung der Kriegsführungsmöglichkeiten beruht (Handfeuerwaffen, Pick-ups und ein paar Kämpfer reichen schon), werden die Kriege auf Seiten der Industriestaaten zumindest teilweise zu (kostspieligen) High-Tech-Eingriffen: das bekannteste Beispiel ist die gezielte Tötung mittels Drohnen. Hier findet eine (einseitig!) entpersonifizierte Kriegsführung statt, die sich völlig unauffällig in den ansonsten zivilen Alltag integriert: Büros mit Computern, Monitoren und Steuerkonsolen – mehr nicht. Bedenkt man dann noch die arbeitsteiligen Zusammenhänge, wo Einzelne möglicherweise gar nicht wissen, dass ihre „Dienstleistungen“ Teil eines im Ergebnis tödlichen Prozesses sind, dann geht die Wahrnehmung etwas „außerordentliches“ zu tun, zumindest auf der Erscheinungsebene gegen „null“ – es bleiben nur *bits* *and* *bites*, wie in jeder anderen „Datenverarbeitung“ auch ….

5. Ich werde noch einen weiteren Punkt erörtern. Das schwache Engagement für den Frieden hat m. E. auch damit zu tun, dass die Generationen, die den (hoffentlich) letzten Krieg hier noch erlebt haben und ihre Erfahrungen erinnern können, verschwinden. Im Rahmen der Gedenkstättenarbeit wird diskutiert, was das Sterben der letzten Zeitzeugen, der Opfer nationalsozialistischen Terrors für die Erinnerung bedeutet. Für die Friedensarbeit haben wir ein ähnliches Problem. Von den Jahrgängen bis 1930 (heute 85 Jahre und älter) kann man sagen, dass sie den Krieg noch unmittelbar erlebt haben; für die Jahrgänge bis vielleicht 1940 (heute 75 Jahre und älter) kann man davon sprechen, dass sie den Krieg als Opfer erfahren haben; für die später Geborenen gilt, dass sie die Folgen des Krieges ertragen mussten; doch ab den Jahrgängen 1950 (im Osten vielleicht ab 1955 / heute 65 Jahre und jünger) muss man davon ausgehen, dass sie Krieg nur aus Erzählungen von älteren Angehörigen und Bekannten und aus der medialen Vermittlung kennen. Aber wir müssen uns klarmachen, dass es einen erheblichen Unterschied macht, ob eine Bewegung von Menschen getragen wird, die Krieg direkt erlebt und erlitten haben oder eben nicht. Um es anschaulich zu machen: nimmt man das Jahr 1980 und betrachtet sich die westdeutsche Friedensbewegung (gegen den Nato-Doppelbeschluss und das Wettrüsten), dann hatten alle, die 40 Jahre und älter waren, noch persönliche Kriegserfahrungen. Heute sind das nur noch diejenigen, die älter als 75 Jahre sind – ein zahlenmäßig sehr viel kleinerer Anteil der Bevölkerung, der zudem in der Regel auch nicht mehr zum aktiven und organisierenden Kern einer Bewegung gehört!

*Nebenbemerkung*: Ich kann den Punkt nicht beenden ohne diesen Hinweis, dass nur knapp tausend km von hier, in Ex-Jugoslawien, das alles schon nicht mehr stimmt. Unsere Insel hier, oder sollte ich besser von Festung sprechen?, ist sehr klein!

Fasst man diese fünf Hinweise zusammen, kann man festhalten:

1. Innerstaatliche Kriege sind als „Bürgerkriege“ in ihren Hintergründen äußerst schwer für Außenstehende zu durchschauen.
2. Die Konflikte sind von einer reproduktiven Kriegsökonomie geprägt, die die Gewalt immer weiter verlängert.
3. Es gibt dabei eine zunehmende „Privatisierung“ der Kriegsbeteiligten.
4. Zugleich werden Elemente industriestaatlicher Kriegsbeteiligung zu ferngesteuerten High-Tech-Operationen, die in den Ländern der Auftraggeber keine Spuren hinterlassen.
5. Durch den Generationenwechsel gibt es immer weniger Menschen mit persönlicher, unmittelbarer Kriegserfahrung.[[4]](#footnote-4)

Fünf Punkte, die einem aktuellen Friedensengagement im Wege stehen. Auch wenn es einem moralisch nicht akzeptabel erscheint, *Krieg ist normal geworden*: irgendwo ist er immer da, zu kompliziert um verstanden zu werden und zugleich selbstverständlich, ein Geschäft halt eben, wenn auch kein sauberes. Von hier aus gesehen eher eine technische Aufgabe, unpersönlich und zunehmend ohne biographischen Bezug. Also kaum anders als Drogenhandel, Währungspolitik und Weltraumprojekte – weit weg, aber eben doch auch zur Normalität des Alltags gehörend. Dass Krieg „normal“ ist, lässt sich nicht moralisch weg argumentieren. Vielmehr müssen wir überlegen, was es für uns bedeutet „im Krieg“ zu leben, ohne dass wir dies mit den Bildern früherer Kriegsnormalität (z.B. 1940 oder 41) verbinden.[[5]](#footnote-5)

Eine Friedensbewegung in der „alten“ Form einer großen Massenbewegung, die sich weitgehend unabhängig von anderen Themen und Problemen organisiert, wird es zumindest hier im kleinen Mitteleuropa, so nicht wieder geben.

**II** verständlicher Alltag
Schauen wir daher nun auf die politische Psychologie: wie gehen Individuen und Kollektive mit dieser historisch neuen Situation um? Wie kann da Engagement für Frieden entstehen oder behindert werden? Dazu möchte ich zunächst einen Umweg in die Ideologietheorie machen und Ihnen das politische Konzept des „Alltagsverstandes“ vorstellen.

Der Umweg führt uns rund achtzig Jahre zurück in eine Gefängniszelle des faschistischen Italien. Dort sitzt Antonio Gramsci und denkt darüber nach, warum er in Mussolinis Kerker sitzt, statt in einer demokratischen Republik. Als Abgeordneter der kommunistischen Partei Italiens war er lange Zeit davon überzeugt gewesen, dass die Aufklärung die Menschen dazu führen müsse, dass sie sich über die Ungerechtigkeiten der Welt und die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten klar würden und diese dann stürzen würden um eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu errichten. Und wenn das mit der Aufklärung nicht klappte, dann sei daran die Propaganda des Klassenfeindes Schuld oder die entfremdeten Verhältnisse oder schlicht das falsche Bewusstsein der Leute.

Gramsci war mit diesem, hier sehr schlicht gezeichneten, Erklärungsmodell nicht zufrieden. Schon seit Beginn seiner politischen Tätigkeit beschäftigte er sich mit Fragen der Kultur. Und nun sucht und findet er seine Antwort auch auf diesem Gebiet.

Mit dem Begriffskonzept des Alltagsverstandes fasst er ein fragmentarisches, widersprüchliches Bewusstsein, das sich aus unterschiedlichen Teilen zusammensetzt und aus verschiedenen Quellen speist. Ihm gehören „Elemente des Höhlenmenschen und Prinzipien der modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft“ (Gramsci, Gefängnishefte 6, S. 1376) an.

Charakteristisch für den Alltagsverstand ist das Denken in „Abteilungen“, das eine vielfältige „Buchführung“ zulässt. Dabei ist der Alltagsverstand nicht einfach zufällig, sondern durchaus funktional, um sich in einer widersprüchlichen Welt zu bewegen und die unterschiedlichen Herausforderungen zu bewältigen.

Statt nach „falschen“ oder „richtigen“ bzw. „wahren“ Inhalten zu suchen, liegt der Fokus nun auf ihrer Leistung: sie werden als Momente der Vergesellschaftung verstanden. Es ist zu betonen, dass es sich nicht nur um bloße Gedanken handelt. Vielmehr ist der Alltagsverstand als ein vorrangig praktisches Verhältnis zu sich, zu anderen und der Welt zu begreifen.

Zurück zur Friedensproblematik. „Frieden“, oder genauer gesagt: die Bedeutung die dem Frieden zugemessen wird, ist eine Abteilung des Alltagsverstandes unter vielen, vielen anderen. Sie existiert abgeschlossen von den anderen und in Konkurrenz mit diesen. Es gibt viele gute Anlässe sich für viele gute Anliegen zu engagieren. Frieden ist da nur eine Möglichkeit unter (mind.) einem Dutzend.

Es gibt nichts, was die „Friedensabteilung“ in besonderer Weise von anderen Teilbereichen unterscheidet, diese Abteilung ist so „normal“ wie die anderen auch. – Und korrespondiert damit trefflich mit der eingangs an der Erscheinung des Kriegs selbst beschriebenen Normalität!

Um den Alltagsverstand zu organisieren, und damit auch das alltägliche Leben, müsste eine der Abteilungen „kritisch“ werden, d.h. so etwas wie einen Kristallisationskern bilden, der die anderen Abteilungen einbezieht und strukturiert. Was dazu führt, kann unterschiedlich sein (und auch unterschiedlich stark ausgeprägt).

Aber es ist zu vermuten, dass eine eigene Kriegserfahrung sicherlich solch einen Kristallisationskern zu bilden vermag[[6]](#footnote-6): das Subjekt war davon so umfassend, in einem so totalen Sinn betroffen, dass sich *alles* Denken und Handeln auf das Überleben der Situation richtete. Das ist eine Erfahrung, die mit zunehmendem Abstand zum Krieg nachlässt. Andere Dinge schieben sich in den Vordergrund, andere Aufgaben müssen bewältigt werden. Doch wird die Erinnerung oftmals so prägend sein, dass es ihr auch später noch gelingt, eine den Alltag strukturierende Position einzunehmen, zumindest zeitweise.

Doch, wie schon dargelegt, diese generationelle Erfahrung und die damit „organisch“ einhergehende Möglichkeit den (kollektiven) Alltagsverstand zu strukturieren und in einer Friedensbewegung zu organisieren, hat sich weitgehend verloren. Sich heute für den Frieden zu engagieren setzt in einem viel höheren Maß eine regulative Idee voraus, einen Willen mit guten, d.h. starken Gründen, als vordem nötig war.

Woher soll der kommen? Wahrscheinlich, und das mag zunächst erstaunen, nicht zuvorderst aus der Auseinandersetzung mit dem Krieg.

Es gehört zu den Besonderheiten des Alltagsverstandes, dass sich seine „Politisierung“ (dazu später noch mehr) in den seltensten Fällen aus der Politik heraus ergibt. Eher finden sich die Anlässe der individuellen Politisierung im Privaten. Der Slogan der Frauenbewegung, *das Private ist das Politische*, drückt nicht nur eine empirisch gesättigte Beobachtung aus, sondern ist auch theoretisch bedenkenswert: dass gesellschaftliche Verhältnisse vorrangig als private Verhältnisse ge- und erlebt werden, macht ihre „Politizität“ aus. Dass wir meinen, unser Leben als privates Leben bewältigen zu können – und in der neoliberalen Ideologie der umfassenden Märkte gibt es nur die privaten Individuen! – ist der eigentliche politische Skandal: gesellschaftlichen Fragen und Problemen wird damit die Öffentlichkeit entzogen.

Im Prinzip kann sich dieser Prozess an allen möglichen Punkten entzünden. Als Kristallisationskern des Alltagsverstandes kann z.B. auch die Religion dienen. Egal ob christliche Fundamentalisten, jüdische Orthodoxe oder Islamisten: allen ist gemeinsam, dass sich die verschiedenen Bereiche des Alltags den (vermeintlich) religiösen Strukturierungen unterordnen. In diesen Fällen gibt es eben nicht mehr die abgeschotteten, widersprüchlichen Abteilungen die eine vielfältige Buchführung erlauben. Stattdessen steht alles im Dienste eines (vermeintlich) „gottgefälligen“ Lebens.

Solch ein selbstreferentieller Dogmatismus kann keine Perspektive für Friedensengagement sein. Jedenfalls dann nicht, wenn es mehr sein will, als eine bloße Anti-Kriegs-Haltung. Selbstverständlich kann man argumentieren, dass jeder Grund, der sich gegen das Abschlachten von Menschen richtet, ein guter Grund sei. Für den Augenblick mag das stimmen. Nur können die konkreten Gründe *gegen* einen konkreten Krieg ganz schnell zu konkreten Gründen *für* einen *anderen* Krieg werden! Eine Friedensbewegung, die unter Frieden mehr versteht als die momentane Abwesenheit von Krieg, muss sich auch gegen kriegserzeugende Strukturen richten – sowohl auf der historisch-gesellschaftlichen, als auch auf der subjektiven Seite. Und dogmatisches Denken, egal ob religiös oder wirtschaftlich oder politisch oder sexuell, ist stets mit der Gefahr einer gewaltförmigen Zuspitzung von Konflikten verbunden.

**III** positiver Frieden

Geht man nun davon aus, dass nicht jeder Grund langfristig gesehen auch ein guter Grund ist, stellt sich die Frage nach dem, was Frieden ist. Frieden ist mehr als die momentane Abwesenheit von Krieg.

Zu einer Entwicklung friedensförderlicher Perspektiven gehören Reflexionen und Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen (jede für sich allein genommen ist unzureichend!):

* Psychische Ebene (Selbstdefinition, Einstellung zu Unbekanntem, Muster der Konfliktwahrnehmung usw.)
* Ebene der personalen Interaktion (Verkehrsformen, Erziehung, Gruppennormen)
* Ideologisch-kulturelle Ebene („Zeitgeist“, Weltanschauungen, Programme usw.)
* Ebene sozialer und ökonomischer Strukturen (Ungleichheit, Gerechtigkeit, Beteiligung usw.)
* Staatliche Ebene (Herrschaftsverhältnisse, Ressourcenzugänge, internationale Beziehungen)

Spätestens seit Johan Galtung den Begriff der „strukturellen Gewalt“ in die Konfliktforschung eingeführt hat, wissen wir, dass Frieden nicht nur die momentane Abwesenheit militärischer Gewalt ist, sondern auch die Bearbeitung der sozialen und ökonomischen Gewaltverhältnisse bedarf.[[7]](#footnote-7)

Dieser „positive Friedensbegriff“ verlangt also wesentlich mehr als ein „enger“ (oder: negativer) Friedensbegriff, der nur auf die Ausschaltung direkter militärischer Gewalt zielt. Im positiven Frieden sind auch die Ursachen anzugehen, sind gewaltförderliche Bedingungen zu bearbeiten.

Man mag einwenden, dass das zwar gut gemeint sei, es aber anbetrachts der Welt erst einmal notwendig sei, dem Blutvergießen Einhalt zu gebieten. Später dann, wenn erst einmal die Kriege aus wären, könne man sich auch um die anderen Probleme kümmern.

Wohl wahr, die Beendigung jedes Krieges ist vorrangig. Aber es stellt sich die Frage, wie er beendet wird. Man kann grob zwei Perspektiven bei der Beantwortung feststellen: eine dissoziative Richtung, deren Credo es ist, die Konfliktparteien zu trennen, sie räumlich, möglichst auch sozial, auseinander zu rücken, so dass die verfeindeten Parteien sich nicht mehr begegnen und damit Gewaltanlässe reduziert werden. Die andere Richtung, die assoziative Schule, argumentiert entgegengesetzt: Kriegsparteien sollten so eng wie möglich beisammen sein, denn je mehr sie verbindet, desto weniger werden sie sich bekämpfen. Keine diese Richtungen kann beanspruchen, der Weisheit letzter Schluss im Konfliktmanagement zu sein. In konkreten Situationen wird es immer ein Mix von Distanz und Nähe sein, der zu einer Lösung führen könnte. Doch gibt es bei den grundsätzlichen Richtungen einen gravierenden Unterschied: die dissoziative Schule neigt dazu, den Konflikt für erledigt zu halten, wenn keine unmittelbare Gewalt mehr ausgeübt wird, die assoziative Perspektive korrespondiert dagegen mit dem positiven Frieden, da sie eine nachhaltige Lösung nur auf der Bearbeitung der strukturellen Hintergründe für möglich hält. Auch wenn es in der Praxis immer um eine der Situation angemessene Mischung von trennenden und zusammenführenden Maßnahmen geht, so haben diese in den verschiedenen Richtungen doch einen unterschiedlichen Stellenwert.

Sind den „Assoziativen“ Trennungen zeitliche befristete Mittel zum Zweck der Zusammenführung, so kehrt sich die Mittel – Zweck – Relation bei den dissoziativen Vertretern um. Und noch ein Unterschied ist auszumachen:

die Trennung von Konfliktparteien ist etwas, was von dritter Seite vorgenommen und überwacht werden sollte. Dass dies manchmal der einzige Weg ist, ist auch der assoziativen Richtung klar, aber für sie ist die damit eingeführte dritte Konfliktpartei nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Man kann sagen, dass die dissoziative Schule zu einer „passiven“ Befriedung neigt, während die Assoziativen einen „aktiven“ und positiven Frieden favorisieren.

Das Argument, es müsse erst einmal der Krieg beendet werden, dann könne man über strukturelle Probleme sprechen, trägt mithin nicht. Denn die Antwort darauf, wie ein kriegerischer Konflikt beendet wird, ist schon entschieden mit der Einstellung zur Problematik der strukturellen Gewaltverhältnisse. Gelten diese als nichtrelevant, befördert dies eine Konfliktregulierung in Tendenz der dissoziativen Richtung; hält man aber eine Bearbeitung der strukturellen Gewalt für zentral, tendiert man zu einer Perspektive des assoziativen Konfliktmanagements.

Also, je nachdem wie eine kriegerische Auseinandersetzung beendet wird, entscheidet sich auch, ob eine Klärung der sozialen-ökonomischen Hintergründe begünstigt oder erschwert wird.

Zurück zum eingangs skizzierten positiven Friedensbegriff, der friedensförderndes, gewaltkritisches Reflektieren und Handeln auf den verschiedenen Ebenen, von der psychologischen bis zur staatlichen Ebene, einfordert. Er ist damit nicht nur anspruchsvoll, sondern auch voller Chancen. Erinnern wir uns an den Alltagsverstand und die Notwendigkeit ihn zu „politisieren“ um die „regulative Idee“ des Friedens zu befördern. Die Punkte, an denen ein Prozess einzusetzen vermag, der das lähmende Nebeneinander von „Denkabteilungen“ auflöst und die Zusammenhänge zwischen den Abteilungen und Bereichen des Lebens erkundet, diese Punkte sind vielfältig.

Denken wir nun Frieden selbst in der skizzierte Mehrdimensionalität des positiven Friedensbegriffs, dann zeigt sich, dass der „Weg zum Frieden“ durchaus auf unterschiedlichen Ebenen starten kann, an vielfältigen Punkten seinen Ausgang nehmen kann. Und das heißt auch: Engagement für einen positiven Frieden, gar eine Friedensbewegung, wird in viel stärkerem Maß *Teil* einer thematisch umfassenderen sozialen und kulturellen Bewegung sein müssen. Das Problem einer Politisierung ist dabei nicht, dass diese ihren Kristallisationskern im Religiösen oder im Sexuellen oder im Technischen oder sonst wo hat. Das Problem liegt im „wie“, in der Struktur der Politisierung.

Es reicht nicht einen dominanten Kern zu haben, der die anderen Denkbereiche kolonialisiert und das Leben einem Dogma unterordnet, sondern es braucht eine Politisierung, die sich selbst problematisiert, sich selbst reflektiert. Nur so kann sich ein Engagement für den Frieden auch thematisch in einer, auch andere Bereiche des Lebens einbeziehenden Bewegung verankern. Um die Friedensproblematik in einer sozialen Bewegung zu thematisieren, genügt kein dogmatisches „anti“, sondern es bedarf einer aufgeklärten und aufklärenden Politisierung.

Also das, was man als Bildung bezeichnet. Da das Engagement für den Frieden nicht mehr „organisch“ in die Biographien eingeschrieben ist, muss es erlernt werden. Aber nicht gelernt, wie man Formeln in der Schule lernt (von oben herab), sondern aus der kritischen Inventur des eigenen Denkens, des eigenen Handelns.

**IV** notwendige Bildung

Und damit komme ich nun zu einer Klärung dessen, was denn im Sinne des Friedens eine angemessene Form der Politisierung wäre. Da hier Frieden als positiver Frieden verstanden werden soll, also als ein gesamtgesellschaftliches Verhältnis, gilt die Bestimmung einer angemessenen Form der Politisierung auch für andere gesellschaftliche Probleme – und nicht nur für die Friedensthematik. Wäre dem nicht so, wäre ja auch keine Verankerung im Kontext einer thematisch umfassenderen sozial-kulturellen Bewegung möglich.

Was Bildung zu befördern hat, ist eine individuelle Reform des Alltagsverstandes, die selbstreflexiv und damit selbstkritisch ist. Im Privaten das Gesellschaftliche zu entdecken und der öffentlichen Verhandlung zugänglich zu machen ist die Aufgabe eines sich politisch reflektierenden Alltagsverstandes. Gramsci würde davon sprechen, den Alltagsverstand „kohärent“ zu machen, d.h. die Abteilungsgrenzen zu überwinden und Zusammenhänge herzustellen.

Auch hier klingt es wieder anspruchsvoll, klärt sich aber, wenn ich genauer definiere, was mit diesem Bildungsbegriff gefasst werden soll.

Mit Heinz-Joachim Heydorn (2004) verstehe ich Bildung als die Entfaltung der Möglichkeiten der Menschheit (Gattungspotenz) im und durch das Individuum. Diese allseitige Entfaltung der Persönlichkeit ist nur denkbar (und erst recht realisierbar), wenn *der Mensch als politisches Wesen* Gesellschaft als einen gemeinschaftlichen Lebenszusammenhang erfassen und gestalten kann.

Bis dahin gilt, um noch einmal Heydorn zu bemühen, dass Bildung und Herrschaft in einem Widerspruchsverhältnis stehen. Jegliche Herrschaft beschneidet und verweigert die selbstbestimmte Gemeinschaft und die Entfaltung der Persönlichkeit. Dies gilt ganz besonders für die Herrschaft, die nicht offen als direkter Zwang und Bevormundung auftritt, sondern (scheinbar) anonym und „hinterrücks“ durch die gesellschaftlichen Strukturen die Lebensmöglichkeiten und -unmöglichkeiten bestimmt. Solch ein kritischer Bildungsbegriff ist daher auch in erster Linie ein Begriff der Kritik: man kann mit ihm analysieren und kennzeichnen, wo und wie die Lebenschancen der Menschen durch ihnen fremde Interessen eingeschränkt werden.

Bildung ist also eigentlich, jetzt untertreibe ich etwas, ganz, ganz einfach. Es geht darum, über sich zu verfügen und in der Welt verantwortlich handlungsfähig zu sein. Ein Ziel, dass jeglicher menschlichen Bemühung als inhärent unterstellt werden kann. Das Problem, und jetzt untertreibe ich nicht sondern betone, dass dieses Problem tatsächlich riesig und kaum zu schaffen ist!,

Das Problem ist nun, dass sich dem sich bildenden Individuum von Anfang an solch gewaltige Hindernisse entgegenstellen, ihm Gleise vorgegeben und Belohnungen angedient werden, dass das so blockierte und zugleich getriebene Individuum sich in den Verhältnissen einrichtet und versucht sein Leben auf Kosten anderer zu führen – zumeist ohne zu merken, dass es auch noch welche gibt, die von seiner Anpassung profitieren.

Um noch einmal die Mittel-Zweck-Relation zur Veranschaulichung zu nutzen: Bildung heißt sich in Gemeinschaft als Selbstzweck zu setzen; aber unser tatsächliches Leben macht daraus einen individuellen Selbstzweck und reduziert die anderen Menschen zu Mitteln des eigenen Vorteils: wird, kurz gesagt, zu Egoismus.

Bildung nun ist der Ausgang aus dieser selbstverschuldeten Unmündigkeit.

Diesem schlichten Satz ist dreierlei zu entnehmen:

* Bildung kann nur Selbstbildung sein, es kann niemand anderes für einen selbst übernehmen.
* Sowenig es stellvertretende Bildung geben kann, sowenig ist Belehrung dabei hilfreich – im Gegenteil: vor-sagen, vor-schreiben, gar Bevormundung behindern die Eigentätigkeit der Bildung, reproduzieren mithin die Hindernisse von Bildung.
* Ausgänge verlangen Bewegung, ich muss mich auf den Weg machen, Fragen stellen und Entscheidungen treffen: Bildung ist mithin unauflöslich mit Anstrengung verbunden, ist kein Selbstläufer. Und an eben dieser Stelle ist Unterstützung und Begleitung angebracht.

Erinnern wir uns mit Gramsci daran, dass der Alltagsverstand nicht nur eine Welt der Ideen ist, sondern vor allem ein Instrument dass unsere Praxis, unsere Verhältnisse zu anderen Menschen und der Welt organisiert und legitimiert, dann ist auch klar, dass der Bildungsprozess an vielfältigen *praktischen* Punkten ansetzen kann. Bildung verabsolutiert diese dann aber nicht, sondern setzt sie in einen Bezug zu anderen Punkten, anderen Bereichen, anderen Themen. Erst im Zuge dieser selbstkritischen Inventur werden sich die Themen herausstellen, die für die Entwicklung einer individuell und kollektiv erweiterten Weltverfügung zentral sind.

Die Herausarbeitung, welche Punkte zentral sind, unterliegt dabei, nicht ausschließlich aber weitgehend, den Kriterien rationaler und öffentlicher Entscheidungsfindung. Eine erweiterte Weltverfügung ist nur als Element einer gesellschaftlichen Selbstbestimmung zu erlangen, mithin sind die Entscheidungen in einem gesellschaftlichen Diskurs zu begründen. Dessen allgemeinste, abstrakteste Basis ist ein globales Gemeinwohl. Nur als Welt können wir in den komplexen Zusammenhängen und Abhängigkeiten überleben und Zukunft gestalten. Dass Frieden dafür eine entscheidende Voraussetzung ist, scheint mir offensichtlich. Und zwar ein Konzept von Frieden, das sich nicht nur durch die momentane Abwesenheit von Krieg definieren, sondern eben auch durch eine Bearbeitung der strukturellen Ebenen, die gewaltförmige Auseinandersetzungen befördern oder zumindest ermöglichen, - siehe oben.

Das, was man nicht vorgeben kann, weil es nur zu entdecken ist, braucht „Räume“ des Suchens. Die beste Beförderung von Bildungsprozessen ist die Schaffung von Räumen, in denen Zweifel erlaubt, Fragen erwünscht, Antworten probiert, neue Beziehungen erlebt und andere Wege gemeinsam gegangen werden können.

**V** demokratischer Ort

Wenn ich eben von Räumen sprach, so war dies nicht nur eine Metapher. Ich meine aber auch nicht nur einfach einen geographischen Ort, sondern einen gesellschaftlich produzierten Raum. Mit Lefebvre (2010) kann man drei Dimensionen des Raums unterscheiden.

Erstens versteht er unter „räumlicher Praxis“ die im Raum eingeschriebenen sozialen Verhältnisse, die das Alltägliche im Leben der Menschen reproduzieren (z.B. Arbeitsorte, Wohnorte, Einkaufszentren usw.). Zweitens fasst er mit dem Begriff der „Raumpräsentationen“ die Strukturierung des Raumes, die eine bestimmte Ordnung schafft, also das was mit Absichten in den Raum eingreift. Hier gilt, dass es in der Regel die gesellschaftlich mächtigen Gruppen sind, die dem Raum ihre Konzepte aufprägen. Und drittens bezeichnet er mit „Repräsentationsräumen“ die Aneignung des Raumes durch die Nutzer mit ihren Phantasien und Wünschen, Interpretationen und Träumen, Ängsten und Hoffnungen.

Wenn nun für die Bildung unterstützende Räume gefordert werden, geht es auf der kommunalen Ebene darum, den konzipierten Raum (Raumpräsentationen) nicht einfach dem Selbstlauf agierender Machtgruppen zu überlassen, sondern ihn gezielt so zu gestalten dass er als Repräsentationsraum die (selbst-)kritische Reflexion befördert. In diesem Sinne spreche ich von demokratischen Orten: sie schaffen im Interesse der Allgemeinheit Räume, die eine Selbstverständigung der Kommune befördern. Der kommunale Raum, wenn er denn demokratisch konzipiert wird, sollte sich als ein Raum erweisen müssen, der seine Funktionalität nicht zuerst (oder gar ausschließlich!) in der ökonomischen Verwertung und der politischen Administration bestimmt, sondern in der Förderung von Bildung und Gemeinschaft.

Das bezieht sich auf ganz unterschiedliche Ebenen und Größenordnung. Da geht es beispielsweise um den öffentlichen Nahverkehr und die Verhinderung sozialer Segregation durch städtischen Wohnungsbau. Da kann es sich um die Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen und die Ausrichtung von Festen drehen. Da mag die Gestaltung von Spielplätzen zur Diskussion stehen und wie willkommen und sicher sich Flüchtlinge in der Kommune fühlen können. Für jedes der Beispiele könnten sicherlich vor Ort Varianten entwickelt werden, die jeweils mehr in die eine oder die andere Richtung tendierten.

Worauf es ankommt, ist die Problematik bei allen Entscheidungen im Bewusstsein zu haben und in die Diskussion zu bringen. Auch wenn die Handlungsmöglichkeiten einer Kommunalverwaltung sicherlich begrenzt sind, sind sie doch nicht zu unterschätzen. Die Begrenzungen ergeben sich zum einen aus der Finanzierung der Kommunen: ich halte es für einen Skandal, dass die konkreten Lebensorte der Menschen nicht über die angemessene Ausstattung verfügen – da müssten -zumindest in Deutschland- Mittel zwischen Bund, Ländern und Kommunen deutlich anders verteilt werden.

Begrenzt sind die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen in Sachen Bildungsförderung aber nicht nur finanziell, sondern und vor allem auf einer systematischen Ebene.

So, wie Bildung nur als Selbstbildung funktioniert, so entwickelt sich Demokratie auch nicht von „oben herab“ sondern aus den Aktivitäten der Basis, aus dem bürgerschaftlichen, dem sozialen, politischen und kulturellen Engagement der Bürgerinnen und Bürger.

Es wäre schon viel gewonnen, wenn dieses kommunal gefördert und nicht, aus einem nach wie vor vorhandenen, fürsorglichen oder gar obrigkeitsstaatlichen Verständnis heraus, behindert würde.

Seit Kant 1795 mit seinem philosophischen Entwurf „Zum ewigen Frieden“ die These des demokratischen Friedens formuliert hat, also die, hier vereinfacht skizzierte Überlegung, dass demokratische Staaten nicht miteinander Krieg führen würden, seit dem ist dies vielfältig diskutiert und, auch mit Verweisen auf die Empirie, bestritten worden. Doch halte ich dafür, dass es der Empirie eher noch an Demokratie mangelt, insbesondere an einer Demokratie die sich nicht allein in den formalen Akten zur Bestimmung einer Regierung erschöpft, sondern an einer gelebten, lebendigen Demokratie auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Wir können den Frieden in der Welt befördern, indem wir die lokale Demokratie entwickeln.

**Literatur:**

Arte (2010): http://ddc.arte.tv/unsere-karten/neue-soeldner-die-privatisierung-des-krieges (27.1.15)

Gramsci, Antonio (1994): Gefängnishefte, Band 6; Hamburg, Berlin.

# Heydorn, Heiz-Joachim (2004): Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft; Werke Bd. 5; hrsg. von Irmgard Heydorn u.a.; Wetzlar.

Le Billon, Philippe (2014): „Das Geschäft läuft gut“ - Der Konfliktforscher Philippe Le Billon untersucht, warum Rebellen und Warlords mit Kriegen so viel Geld verdienen. Interview: Catharina Lobenstein. DIE ZEIT Nº 53/2014; online: http://www.zeit.de/2014/53/krieg-geld-profit-rebellen (27.1.15)

Lefebvre, Henri (2010): The production of space. Oxford.

Münkler, Herfried (2003): Die neuen Kriege. Privatisierung und Kommerzialisierung kriegerischer Gewalt und ihre Folgen – Kurzfassung (Vortrag bei Berliner SPD am 26.03.2003); http://fa1.spd-berlin.de/Textversionen/muenkl.pdf (27.1.2015).

1. An die Stelle von Nationalstaaten, die sich formal und ordentlich den Krieg erklären, sich gegenseitig mit regulären Truppen bekämpfen, und schließlich die Auseinandersetzung mit Friedens- oder wenigstens Waffenstillstandverhandlungen offiziell wieder beenden. „Die Verstaatlichung des Krieges gelingt, weil die Kriege aus militärtechnologischen und militärorganisatorischen Gründen immer teurer werden. Der Krieg ist infolgedessen für die Amortisationslogik das Kapital kein attraktives Anlagefeld mehr, und der Staat schaut darauf, dass er die Kontrolle über den Krieg erlangt. Im Gefolge dessen kommt es zur klaren Trennung von Krieg und Frieden. Sie werden durch Kriegserklärung und Friedensschluss voneinander getrennt und als aparte Rechtszustände begriffen. Das freilich ist nur in Europa so, nicht jedoch an den weichen Grenzen der Imperien, wo „wilde Völker“ weiterhin in ihrer Gesamtheit und ohne jede Hegung Kriege führen und die Truppen der Imperien dies in ähnlicher Weise tun. Hier bleiben die Grenzen zwischen Krieg und Frieden fließend. Hier erfolgt auch keine Trennung von Kombattanten und Nonkombattanten.“ (Münkler 2003) [↑](#footnote-ref-1)
2. Beispiel: Tutsi und Hutu in Ruanda. [↑](#footnote-ref-2)
3. Nach einem TV-Bericht von *arte*: „standen Ende 2009 170.000 Mitarbeiter solcher Firmen [= private Sicherheitsunternehmen; UH] 120.000 regulären US-Soldaten [in Afghanistan; UH] gegenüber. Dazu kommen 40.000 andere Angestellte, die als Sicherheitsleute und im zivilen Wiederaufbau tätig sind.“ (arte 2010; Einf. UH) [↑](#footnote-ref-3)
4. Interessant ist hier auch die Korrespondenz mit dem 4. Punkt: wer als deutscher Soldat heute im Auslandseinsatz Krieg erlebt, teilt keine generationelle Erfahrung mehr, sondern hat ein, ihn sozial isolierendes, posttraumatisches Symptom, das allenfalls in individueller Therapie bearbeitet wird. [↑](#footnote-ref-4)
5. Um es deutlich zu sagen: für die Menschen, die unmittelbar von militärischer Gewalt betroffen sind, stellen sich die Fragen ganz anders! Vielleicht haben die Ressentiments gegenüber Flüchtlingen auch damit zu tun, dass sie tatsächlich mit ihrer bloßen Existenz unsere Illusion des Friedens bedrohen. [↑](#footnote-ref-5)
6. Auch das ist nur eine Möglichkeit: auch Krieg kann schon unter der Ägide eines bestimmten „Kristallmusters“ wahrgenommen werden, so dass bestimmte Erfahrungen ausgeschlossen oder so interpretiert werden, dass das Schreckliche des Mordens überhaupt nicht „eindrücklich“ wird. [↑](#footnote-ref-6)
7. Schon vor Galtung, ca. 1934, schrieb Bertolt Brecht in seinem Me-Ti: „Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Selbstmord treiben, einen in den Krieg führen und so weiter. Einiges davon ist in unserem Staate verboten.“ [↑](#footnote-ref-7)